

Wirtschaftsminister Bartenstein reitet neue Attacke gegen Arbeitslose

Minister Bartenstein hat im Zuge der Privatisierungsreform des Arbeitsmarktservice (AMS) die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose geändert.

1. Nun sollen Arbeitslose schon nach der Hälfte der Anspruchsdauer auch auf Jobs vermittelt werden können, die nicht ihrem Ausbildungsstand entsprechen. Das heißt weitere Dequalifizierung und Einkommensverluste.
2. Arbeitssuchenden soll in Zukunft höhere regionale Flexibilität zugemutet werden, d. h. das jemand in Zukunft auch in einem anderen Bundesland einen Job annehmen muss, da ihm ansonsten das Arbeitslosengeld, für das er ja Zeit seines Arbeitslebens eingezahlt hat, gestrichen wird.

Aufgelesen

Ein heißer Herbst – fast schon ein gängiges Schlagwort. Bisher sind in erster Linie die Funktionäre wütend, aber zunehmend werden es mehr Arbeitnehmer, die eine weitere Verschlechterung ihrer Situation nicht mehr akzeptieren und dieser Wenderegierung nicht mehr trauen.

Wenn ÖVP-Klubobmann Khol von "roten Gfriesern" im ORF spricht, dann verstehe ich nicht, dass ihm "rote Obergfrieser" zu seinem 60igsten Geburtstag im Parlament ihre Aufwartung machen.

BRV Fritz Sulzbacher, VA-Stahl Linz (aus: "Wahrheit" Nr. 7/2001)

In eigener Sache:

€ – EURO

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch wir müssen die doppelte Preisauszeichnung vornehmen. Wir haben uns entschlossen, runde Euro-Beträge anzugeben, was auch bei unserer Zeitung eine Erhöhung bedeutet. Wir zählen auf Euer Verständnis, da wir unsere Preise für Einzelnummer und Abo seit 15 Jahre nicht verändert haben. Wir danken bei dieser Gelegenheit für Eure Spenden und Abo-Zahlungen und sind auf diese für unsere gemeinsame Sache natürlich auch in Zukunft angewiesen.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: "Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen", Ottakringer Straße 242/4/15, 1160 Wien.

Erscheinungsort Wien, P.b.b. Verlagspostamt 1170 Wien, Zulassungsnummer: 01Z022082V

E-Mail: w.leisch@yline.com

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1160 Wien, Ottakringer Straße 242/4/15; E-Mail: w.leisch@yline.com



Am 5 Juli demonstrierten über 50.000 Menschen in Wien gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung, gegen Sozial- und Demokratieabbau.

Ein wichtiger Schritt gegen die Unternehmerregierung

55.000 Unterschriften gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung sowie gegen Sallmutter's Enthebung wurden auf Initiative der "PLATTFORM Keine Zerschlagung der Sozialversicherung" gesammelt. Mindestens 50.000 Menschen waren laut Polizei in ganz kurzer Zeit auf die vom ÖGB pro-

pagierte Demonstration am 5. Juli gekommen, um gegen den Sozialabbau und für die Erhaltung der Sozialversicherung und Demokratie zu protestieren.

Ein großer Erfolg?!

Am Tag darauf wurde von Schwarz-Blau das Gesetz zum Umbau der Sozialversiche-

rungen beschlossen, das der Regierung den direkten Zugriff auf die Sozialversicherung ermöglicht, die bislang primär von den Vertretern der Arbeiter und Angestellten durchgeführte Verwaltung in der Sozialversicherung (Selbstverwaltung) via Staatsmacht ausschaltet, und damit den ersten Schritt zur Pri-

vatisierung der Sozialversicherung einleitet. Sallmutter muss sein Amt als Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger am 30 August 2001 zurücklegen. Eine Niederlage - gewiss. Und dennoch: 55.000 Unterschriften in nur zwei Monaten allein von der Basis her organisiert und gesammelt sowie 50.000 Menschen auf der Demonstration, in kürzester Zeit mobilisiert, waren ein großer

Ohne Euch - der Vielzahl einfacher Gewerkschaftsmitglieder und BetriebsrätInnen, die Unterschriften gesammelt haben, beziehungsweise das Sammeln initiiert und auch zur Demonstration am 5. Juli organisiert haben, wäre dieses Zeichen gegen Schwarz-Blau nicht möglich gewesen und hätte sich die ÖGB Führung auch nicht veranlasst gefühlt, endlich zu handeln und zur Demonstration aufzurufen.



An 27. Juni präsentierten die Vertreter der "PLATTFORM Keine Zerschlagung der Sozialversicherung" die in nur 2 Monaten ohne Unterstützung der Apparate von BetriebsrätInnen an der Basis gesammelten 55.000 Unterschriften. Die Plattform zeigte die Gefahren der Zerschlagung für die Versicherten auf – Zweiklassenmedizin sei die Folge, verlangte ein Ende des "Kuschelkurses" des ÖGB und die Einberufung einer österreichweiten Betriebsrätekonferenz. Einen Tag später beschloss der ÖGB, zu einer Demonstration am 5. Juli aufzurufen.

Erfolg und ein erster, großer sichtbarer Schritt im Widerstand der arbeitenden Menschen gegen die Unternehmer-Regierung. Beides ist der Ausdruck davon, dass die arbeitenden Menschen in diesem Land nicht mehr länger die Prügelknaben sein wollen und von ihren Vertretungen ein entsprechendes Handeln und Auftreten verlangen und – wie man sieht – auch in großer Zahl befürworten.

Der Grundgedanke der Gewerkschaftsbewegung "Solidarität" wurde wieder zu einem lebendigen Begriff. Und Solidarität von unten ist es, was wir alle brauchen um der antidemokratischen Politik von oben zu begegnen.

Nun gilt es den Kampf fortzusetzen

Schwarz-Blau hat den arbeitenden Menschen diesen

Kampf aufgezwungen. Sie will in einer der zweiten Republik noch nie dagewesenen autoritären Art alle mundtot machen, bzw. auswechseln oder ausschalten, die nicht auf ihrer Linie sind. Der Umbau in einem autoritären Staat ist voll im Gang. Riess-Passer will schon das Streikrecht der Beamten abschaffen und Demonstrationsverbote erteilen. Sie versuchen auch die Interessensvertreter der ArbeitnehmerInnen zu diffamieren bzw. auszuschalten.

So haben Schwarz-Blau auch das Ergebnis der für sie verlorenen AK-Wahlen nicht akzeptiert und per Handstreich ein demokratisch erzielt Ergebnis, das auch für die Besetzung der Verwaltung der Sozialversicherung ausschlaggebend war, zu nichte gemacht und somit die Sozialversicherungsführung ihren Interessen untergeordnet. Mit dieser Vorgangsweise haben Sie sich als deklarierte Feinde der Demokratie entlarvt.

Ähnliche Entwicklungen vollzog sich schon einmal in Österreich in der Zwischenkriegszeit. Damals unter dem Slogan "Weg mit dem revolutionären Schutt". Wohin das geführt hat, ist in den Geschichtsbüchern nachzulesen und vielen Menschen in Österreich noch in Erinnerung: Verbot aller Arbeiterorganisationen - Errichtung einer faschistischen Herrschaft in Österreich.

Heute geht es schon um mehr als nur den Anfängen zu wehren. Die Zeit ist reif zum aktiven Widerstand. Der erste große Schritt war die durch uns allen möglich

gemachte Demonstration am 5. Juli und die zeigte deutlich wie schon lange nicht: große Teile der arbeitenden Menschen sind kampfbereit!

Sie trugen auch Spruchbänder "Gegen den Kuschelkurs der ÖGB-Spitze" mit. Sie haben genug davon auf irgendwelche Verhandlungen ihrer Funktionäre hinter verschlossenen Türen zu hoffen. (Siehe Lohnverhandlungen, Arbeitszeitgesetzgebung etc.) Sie wissen, oft besser als ihre hohen Funktionäre, dass die VP-FP-Unternehmerregierung nur eine Sprache versteht - die Kraft der Basis.

Die schwarz-blauen Angriffe auf die Sozialversicherung gehen unvermindert weiter. So gab es gleich nach Beschluss des neuen Gesetzes im Parlament eine Debatte um Selbstbehalte, die bis zu 20% ausmachen sollen. Zwar wurde das dann aufgrund der Proteste widerrufen, doch das Vorhaben bleibt, und sieht man das VP-FP-Koalitionsabkommen an, soll es auch umgesetzt werden. Die Sozialversicherung soll in den Bankrott getrieben werden um eine Legitimation für die Privatisierung der Krankenversicherung bzw. des Gesundheitswesens zu haben. (Details siehe im Artikel "Jetzt handeln - Kassendefizit als Vorwand" im Inneren dieser Ausgabe).

Verlangen wir die Rücknahme der Kürzung des Unternehmerbeitrags zur Unfall- und zur Krankenversicherung. Verlangen wir die Rücknahme von Ambulanzgebühr und Unfallrentenbesteuerung. Und verlangen wir, dass die ÖGB-Führung auch diese Forderungen in die Urabstimmung aufnimmt. Die Urabstimmung darf keine Alibiaktion werden! Es braucht weiterer entschlossener Kampfmaßnahmen, um die fortschreitende Zerschlagung des österreichischen Sozialstaates zu stoppen. Dabei weiter auf die Unternehmenseite, die sich hinter der Regierung versteckt, oder auf die Sozialpartnerschaft zu hoffen, ist sinnlos, wie die Auseinandersetzungen um die Sozialversicherung gezeigt haben.

Wir müssen uns weiter und vermehrt von unten her organisieren. Ähnlich wie es die Kolleginnen und Kollegen der "Plattform gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung" gezeigt haben. Setzen wir diesen Weg vielfach fort.

**Solidarität ist unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner AktivistInnen, Abonnenten und Unterstützer.

Wir laden alle Gleichgesinnten dazu ein, mit uns Kontakt aufzunehmen!

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- einmal probeweise
- zum Abonnementpreis von öS 68,80 / € 5,- jährlich
- Solidaritätspreis von öS 137,60 / € 10,- jährlich

Name:

Adresse:

67/2001

**Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Ottakringer Straße 242/4/15
1160 Wien
E-Mail: w.leisch@yline.com**